Missbrauchsstudie Fulda

"Verantwortlichkeit kann und darf nicht delegiert werden!"

Pressemitteilung, Fulda, München, 18. Juni 2025

Anlässlich des am Dienstag veröffentlichten Abschlussberichts der unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt im Bistum Fulda erklärt die KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche:

Dieser Aufarbeitungsbericht zeigt das übliche Muster: Es konnte nicht final geklärt werden, inwiefern die früheren Diözesanbischöfe – in diesem Fall Johannes Dyba (1983-2000) und Heinz Josef Algermissen (2001-2018) – über die Vertuschung von Missbrauchsfällen wussten. Vielmehr hatten die jeweiligen Fuldaer Bischöfe von 1977 bis 2003 die gesamte Personalverantwortung in die Hände von Weihbischof Johannes Kapp gegeben, der während dieser Zeit Personalchef des Bistums war.

Allerdings ist dies nicht nur dem persönlichen Versagen der damaligen Kirchenleitung geschuldet, sondern entspricht den viel zu lange praktizierten Vorgaben aus dem Vatikan. Im Jahr 2001 hat Kardinal Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation (1982-2005) unter Papst Johannes Paul II. (1978-2005) sogar alle Missbrauchsfälle weltweit unter das "päpstliche Geheimnis" gestellt. Eine fatale Entscheidung, die erst durch Papst Franziskus aufgehoben wurde. Wenn es diesen "Geheimerlass" nicht gegeben hätte, wäre vielen Tausend Betroffenen schwerstes Leid erspart geblieben und es hätte vermutlich die fundamentale Glaubwürdigkeitskrise der römisch-katholischen Kirche verringert werden können, die zu so hohen Austrittszahlen geführt haben.

Es ist ein Trauerspiel, dass 30 Jahre nach dem großen Missbrauchsfall um den Wiener Kardinal Hans Hermann Groër und 15 Jahre nach der Aufdeckung des jahrzehntelangen Missbrauchs am Berliner Canisius-Kolleg es so lange gedauert hat, bis 2018 die deutsche Missbrauchsstudie veröffentlicht wurde. Dass jetzt die deutschen Bistümer erst nach und nach Untersuchungen in Auftrag gegeben haben, ist eine unentschuldbare Verschleppung und bedeutet für die Betroffenen unerträgliche Retraumatisierungen. Es zeigt sich immer mehr, dass die Kirchenleitungen von sich aus nicht in der Lage sind, wirkliche Aufklärung zu leisten, weshalb ein staatliches Eingreifen immer notwendiger erscheint.

Pressekontakt Wir sind Kirche Bundesteam:

Susanne Ludewig, Tel: 0561-281205, E-Mail: ludewig@wir-sind-kirche.de Heinrich Mix, Tel: 0176 55 97 93 08, E-Mail: mix@wir-sind-kirche.de Christian Weisner, Tel. 0172 51 84 082, E-Mail: presse@wir-sind-kirche.de

Mehr Informationen zum Thema: www.wir-sind-kirche.de/gewalt

Zuletzt geändert am 18.06.2025